

Feste Kampfführung im Betrieb!

312

Von Rudolf Kerner

Die Unternehmer führen ihre Lohnabbauoffensive systematisch weiter fort. Mit einem verhältnismäßig geringen Prozentsatz des Lohnabbaus von 3 und 4 Prozent wurde begonnen, und wolle sie nicht auf die breite Kampffront der Arbeiter stellen, belagerten die Unternehmer ihre Angriffe und stellten immer dringlichere Forderungen zur Senkung der Löhne und Gehälter. Ihre Methoden werden greifbarer, und im Zusammenarbeiten mit der Gewerkschaftsbürokratie nutzen sie das Ueberraschungsmoment aus, um die Arbeiter, bevor diese sich zur Gegenaktion entschließen, vor vollendete Tatsachen zu stellen. So erfolgte jetzt die Verkündung des systematischen Lohnabbaus in der schiffbauindustriellen Metallindustrie, so geht man dazu über, die Gemeindearbeiter vor eine vollendete Tatsache zu stellen, und jeden Tag muß die schiffbauindustrielle Arbeiterfront darauf gefaßt sein, daß auch ihr ein hinter den Kulissen ausgearbeiteter Schicksalspruch anstößt. Über die Arbeiter wird auch die Spannung des Projektions, den die Unternehmer den Arbeitern vom Lohn abziehen. Bei den Gemeindearbeitern beträgt der tatsächliche Lohnabzug 18-20 Prozent. In der Textilindustrie belaufen sich die Forderungen der Unternehmer ebenfalls auf 20 Prozent. In Ruhr- und Westfalen wird man durch die Betriebsleitung in der Metallindustrie einen Lohnabzug von circa 30 Prozent.

Die Erregung innerhalb der Arbeiterschaft über die brutale Vorgehensweise der Hungeroffensive des Unternehmertums wächst von Tag zu Tag. Sie zeigt ihre Entladungen im Berliner Metallarbeiterkampf, im Chemnitzer Straßenbahnerstreik, in den Streikaktionen der Ruhrbergarbeiter und der Bergarbeiter Oberschlesiens. Aber man muß feststellen, daß diese Bewegungen, die einen immer gesteigerten Heroismus der Arbeiter im Kampf aufweisen, Teilbewegungen bleiben, die zwar als Signal kommen, der großer Auseinandersetzungen anzuspornen sind, jedoch die breite Massenbasis des allgemeinen proletarischen Streikkampfes um Arbeit und Brot und des breiten politischen Massenstreiks sich erst unter ungünstigen Bedingungen der Massen einbaut. Zeichen, daß die Massen beginnen, den politischen Streik aufzunehmen, war der zweimal durchgeführte Kampf der Danziger Hafenarbeiter und der Streik der Arbeiter von Radeberg. Alle diese Bewegungen zeigen den Willen der Arbeiter zum Kampf.

Wohin kommt es nun, daß trotz des in den Massen vorhandenen Kampfwillens es den Unternehmern noch gelingt, ihre Forderungen zum großen Teil durchzusetzen, ohne daß die Arbeiter den Streik aufnehmen?

Die Arbeiter fühlen sich in ihrer Stellung verlassen, sie sehen noch nicht die feste Führung, die ihnen hilft, ihre Kämpfe erfolgreich auszuführen. Jahrelang wird von der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiterschaft zermürbt und alles unternommen, um ihr den Glauben an die eigene Kraft zu nehmen. Der Wille zum Kampf wird durch geschickte, radikale Wandler in eine tote Bahn gelenkt und ausgeblendet. Systematisch wird den Arbeitern das Gespenst der Arbeitslosigkeit vor Augen geführt und werden die Betriebsarbeiter damit eingeschüchert, daß bei der tiefsten Erwerbslosensarmee und den ständig weiter erfolgenden Betriebsstilllegungen eine Streikbewegung „unmöglich“ sei, „nicht zum Erfolg“ führen könne.

In einer Verammlung in Dresden-Leuben erklärte der Chefredakteur des „Vorwärts“, Herr Stämpfer, daß man doch keinen Massenstreik führen könne, wenn schon eine Masse von 3 Millionen gezwungen sei, sehr unwillig zu streiken. Mit solcher Weisheit soll der Kampfwille der Arbeiter gebrochen werden. Man muß feststellen: Es gibt keine größere Streikbewegung in der letzten Zeit, in der es den Unternehmern gelungen wäre, Erwerbslose als Streikbrecher in die Betriebe hereinzuführen. Die bestehende Massenarbeitslosigkeit war noch nirgends die Ursache, daß der Streik abgebrochen werden mußte, sondern vielmehr die Tatsache, daß die den verfügbaren Gegenmitteln des Unternehmertums entsprechende Ausdehnung der Kampffront nicht erfolgte und durch die Helfershelfer der Unternehmer noch verhindert werden konnte. Wir glauben auch nicht, daß das Gros der Betriebsarbeiter befürchtet, daß die Erwerbslosen ihm als Streikbrecher in den Rücken fallen.

Die wesentliche Ursache bleibt heute das noch ungenügende Zerbrechen des Einflusses der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialdemokratischen Partei auf die Arbeiterschaft, die nicht genügende Tatkraft der Massen und KGO-Gruppen in der Durchführung der Parteilinie und das unentschiedene Ausstreuen in den Betrieben, sowie die ungenügende organisatorische Verankerung beider in den breiten Massen der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wenn die Tatkraft und das Auftreten der Reformisten innerhalb der Arbeiterschaft die Volkstümlichkeit und den Unglauben an die Möglichkeit des Kampfes großzieht, kann diese gefährliche Auswirkung der reformistischen Tatkraft nur durch ein so heftiges Auftreten der Kommunisten und KGO-Mitglieder überwunden werden. Man muß feststellen, daß das bisherige Auftreten dieser Notwendigkeit keineswegs entspricht. Wir wollen hier nicht alle die Fälle des opportunistischen Zurückweichens aufzählen. Das geschah zum Teil in dem Artikel „Über die Lehren des Metallarbeiterkampfes“ und auf anderem Gebiet in dem Artikel „Einheitsfront oder Einheitsfeier“. Aber die Gesamtheit muß verstehen, wenn wir nicht in den Betrieben mit aller Kühnheit die Forderung des Streiks erheben und den Arbeitern klar und eindeutig die Notwendigkeit des Streiks erklären, wenn sich Schwankungen zeigen, wenn Kommunisten gemeinsam mit den reformistischen Vertretern Abmachungen mit dem Unternehmertum durchführen, werden die Arbeiter kein Vertrauen zu uns gewinnen, sie werden sich lediglich in ihren Tageskämpfen unterer Führung nicht anvertrauen, weil sie nicht die notwendige Entschlossenheit und Zielstrebigkeit in unierten Reihen besitzen.

Gerade in der jetzigen Situation ist aber die Aufgabe von Streikbewegungen durch die Arbeiterschaft von weitestgehender Bedeutung. Wenn man auch nicht schematisch sagen kann, daß die Forderung vom Wirtschaftsstreik zum politischen Streik und um allgemeinen Massenaufruf sich bewegt, sondern wenn man schon sagen muß, daß auf Grund der ungelösten komplizierten Lage in Deutschland schon Wirtschaftsstreik und politische Streik-Kämpfe nebeneinander entstehen, so muß man doch begreifen, daß die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit nicht den ganzen Komplex der Aufgaben bis zum Ende hin sieht, sondern immer erst die nächstliegende Aufgabe begreift. Gerade deswegen ist es um so wichtiger, den zu diesem nächstliegenden Schritt schon entschlossenen Massen durch energische, tatkraftige Führung des Streikes zur Durchföhrung dieses Schrittes zu gehen. Die Streikbewegung ist deswegen jetzt von so entscheidender Bedeutung, weil in der jetzigen Situation jeder wirtschaftliche Kampf die Arbeiterschaft über den Zusammenhang mit dem Unternehmertum hinaus vor die Machtmittel des politischen Staatsapparates stellt und damit vor den kämpfenden Arbeitern die Massen von der „überparteilichen Stellung“ des Staatsapparates gerissen wird und in der Sprache der Arbeiter aufgezeigt wird, daß der Staatsapparat ein Machtinstrument der herrschenden Klasse, also der Feinde der Proletaratsmassen ist. Daran zweifeln nicht, daß in diesem Staats-

Leipziger Textilarbeiter kampfbereit!

Kampfausschüsse bei Sidor und in der Leipziger Baumwollspinnerei gewählt

Leipzig, 5. Februar.

In einer kurz belagerten Belegschaftsversammlung nahmen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilfabrik Sidor (Leipzig) zu der Lohnbewegung Stellung und beschloßen, jeden Lohnraub mit dem Streik zu beantworten. So wurde sofort ein vorbereitender Kampfausschuss gewählt, bestehend aus 3 Kolleginnen und 3 Kollegen, gewählt.

Auch in der Leipziger Baumwollspinnerei wurde in einer Betriebsversammlung ein vorbereitender Kampfausschuss, bestehend aus 2 Arbeiterinnen und 2 Arbeitern, gewählt.

Das Vorgehen der Belegschaften von Sidor und der Baumwollspinnerei Leipzigs muß in allen übrigen Textilbetrieben sofort Nachahmung finden. Es darf keinesfalls Zeit verloren werden, um alle Vorbereitungen zur Aufnahme des Kampfes zu treffen. Die vorbereitenden Kampfausschüsse haben alles zu tun, um sofort ein betriebliches Kampfprogramm aufzustellen und den Betrieb streikfertig zu machen.

Am Sonntag dem 15. Februar findet in Chemnitz eine Konferenz aller vorbereitenden Kampfausschüsse statt. Kein Betrieb darf an diesem Tage mehr vorhanden sein, der nicht eine vorbereitende Kampfleitung besitzt.

Schützt die roten Betriebsräte!

Nazis als Unternehmersubjekte

Bei der Metallfirma Sack in Leipzig wurde der rote Betriebsrat, Gen. Schm., seitlich entlassen. Als Vorwand zur Entlassung diente eine Auseinandersetzung, die der Genosse Schm. mit dem Nazis und Stahlheim in dem Betrieb hatte, die bei allen sich bietenden Gelegenheiten die Arbeiter und die roten Betriebsräte provozierten. Es war offensichtlich, daß die Gründe zur seitlichen Entlassung konstruiert werden sollten. Schm. kämpft mit der Genossin Schm. der Diktation anzugewandt, weil er die Interessen der Belegschaft vertritt und in Belegschaftsversammlungen nicht nach dem Willen der Unternehmer auftrat. Deswegen mußten die Nazis die Rolle als Agent Provocateur im Interesse der Unternehmer spielen. Für die Arbeiterschaft besteht mehr denn je die Aufgabe, sich geschlossen hinter ihre roten Funktionäre zu stellen und jede Maßregelung durch Streik zu verhindern, den Kampf gegen den Betriebsrat.

Nieder mit der Lohnraubdiktatur!

Nur Kommunisten sind Ankläger gegen Lohnraub und Hungerdiktatur / SPD-Limberg verteidigt das Stegerwald-Programm und beschimpft die revolutionären Arbeiter

Berlin, 4. Februar. (Eig. Bericht.)

Die Mittwochsaktion des Reichstages war fast zeitlos ausgefüllt mit der Beratung des kommunistischen Antrages auf Aufhebung der Notverordnung über das Schlichtungswesen und die Interpellation zur Wohnungsklausuraktion der Ernährungsdiktatur. In dieser Beratung lagen überhaupt nur kommunistische Anträge vor. Die ganze Aussprache fand daher unter dem Eindruck der kommunistischen Kampfanzeige und des ungeheuren Aufstadiums, das Genosse Schröder in würdevoller Rede vortrug.

Geradezu erbarmungslos wurden die Ausführungen des sozialdemokratischen Bergarbeiterbundes Limberg. Er war vollkommen eingeschüchert durch die Zurufe der Kommunisten:

„Streikbrecher“, „Vertreter des Ruhrproletariats!“

„Haben Sie den Streik abgelehnt oder nicht?“

Solange Limberg sprach, rührte sich selbst in der SPD-Fraktion keine Hand vom Beifall; denn die Lohnmacht, die aus seinen Worten sprach, war lediglich mittelberregend. Nur zum Schluss seiner Rede wurde der Lärm der Beifallsstürme angriffsbegeistert, als er den heldenmütigen Kampf der Ruhrbergarbeiter verunglimpfen konnte. „Schänd!“ nannte er die streikenden Ruhrbergarbeiter und sagte unter dem Beifall der Kollaboratoren: „aus den Reihen der Volkspartei und der Deutschen Nationalen hinaus: „Man muß dieses Schändel mit Anspinnung auseinanderbauen!“ Limberg schloß in der Tat seine Ausführungen mit der maßlosen Beschimpfung der Arbeiter, die sich gegen den Lohnraub unter Führung der KGO zur Wehr setzten.

Der Arbeitsminister Stegerwald befahte sich ausschließlich mit den Ausführungen des Genossen Schröder. Er betonte, daß in einer privatkapitalistischen Gesellschaft im gegenwärtigen Stadium kein anderer Weg zur „Beruhigung“ möglich sei als der Abbau der Sozialpolitik und der Lohn- und Gehaltsraub. Keine Regierung hätte andere Möglichkeiten als Ausweg vorzuschlagen. Die Kommunisten quittierten diese Feststellung mit dem Zuruf: „Das ist die Kontrovertierung des kapitalistischen Systems!“

Ursprünglich hatten die Nationalsozialisten die Absicht, zu der Lohnabbauoffensive überhaupt nicht zu sprechen. Doch dann

appart Tausende von Emporkömmlingen aus dem Lager der Arbeiterklasse zur Unterdrückung der Werktätigen mitwirkten.

Wesentlich ist aber auch und von nicht geringerer Bedeutung, daß jede Streikbewegung ein Schlag gegen die Restruktionsbestrebungen des Kapitalismus darstellt, das Wirtschaftsgelbde des Kapitalismus weiter erschüttert, die ökonomische Basis des Kapitalismus weiter zerrüttet und zur Vertiefung der Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung beiträgt, also damit die Streikbewegung — auch der Wirtschaftsstreik — ein Stück des Vortriebs auf dem Wege zum Siege des Sozialismus darstellt. So ist Pflicht und Aufgabe der Kommunisten, dies vor den Massen der Arbeiter aufzuweisen. Wenn die Massen befreit werden, daß ihr Kampf kein einseitiger Kampf des Proletariats wird, werden sie ihre bestmögliche Einstellung und ihre Depression überwinden. Und selbst nach einer vorübergehenden Niederlage, die wenn die Arbeiter ihre wirtschaftlichen Forderungen nicht durchsetzen konnten, werden sie aus einem solchen Kampf nicht entmutigt und geschlagen hervorgehen, sondern gestärkt sein in ihrem Willen, den Kampf auf breiterer Basis nochmals zu tragen, und sie werden werden und organisieren, um die Front des allgemeinen Kampfes zu verfestigen.

Unter diesen Gesichtspunkten muß jetzt die Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in jedem alle Kräfte anspannen, um dem Angriff der Textilindustriellen mit dem Gegenstand der Textilarbeiter — K.G. mit dem Streik, zu antworten. Stellen wir die Aufgaben, die dann erfordert das rätselhafte Einlenken der Kräfte und der Verlogen der Revolutionäre, um diesen Kampf auszuführen.

Die Partei darf dabei — wir wiederholen, was wir am An-

alismus anzunehmen, feste Betriebsgruppen der KGO zu schaffen. Die Wahl von roten Betriebsräten steht jetzt im Vordergrund.

KGO-Sieg bei der Straßenbahn in Karlsruhe

Karlsruhe, 5. Februar.

Am Dienstag fanden für die Karlsruher Straßenbahn die Wahlen zu den dialektsprachlichen Ausschüssen statt. Die KGO errang bei dieser Wahl einen bedeutenden Sieg. Das Ergebnis der Wahl lautet:

	1931	1930
KGO	8 Sitze	—
Reformisten	4	8 (1 oppos.)
Beamtenbund	3	—
Christen	2	3

Neben dem Ausschuss der KGO und der Niederlage der Reformisten, die die Hälfte ihrer Sitze verloren haben, ist besonders bemerkenswert der Verlust der Christen, der zeigt, daß auch die christlichen Arbeiter ihr Vertrauen zu den derzeitigen Führern, den Freunden der Brüning-Regierung, verlieren und ins Lager der revolutionären Einheitsfront, zur KGO, haben.

Schändliches Gehaltsraub-Angebot der Bürokratie

6 Prozent Gehaltsabbau für Angestellte der Montanindustrie in Oberschlesien vorgeschlagen

Nachdem der Reichsarbeitsminister den Antrag der Angestelltenvereinigungen auf Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsgegenstandes in der ober-schlesischen Montanindustrie, der einen Gehaltsabbau von 6 Prozent vorsah, abgelehnt hatte, fanden am Dienstag erneut Verhandlungen statt. Die Angestelltenorganisationen boten dabei eine Kürzung um 6 Prozent mit Ausnahme der Beihilfen für die Zeit vom 1. Januar bis 31. August 1931 an.

meldete sich als letzter Redner der Nationalsozialist Stark zur Debatte, um vorlegen zu erklären, daß seine Partei dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung zustimmen werde. Im übrigen beschimpfte auch dieser Redner die kämpfenden Arbeiter mit fast denselben Worten wie Limberg es getan hatte.

Ein Volksparteiler beantragte Aussetzung der Abstimmung und Ausschubermittelung des kommunistischen Antrages. Gleich im Anschluß gar nichts mehr an der Notverordnung zu ändern ist, stimmten die Sozialdemokraten, gemeinsam mit den übrigen Brüning-Parteien, dem Antrag der Volkspartei zu und riefen somit die Regierung des Lohnraubes vor einer erneuten Niederlage.

Lohnraubverhandlungen der Holzarbeiter nehmert

Die gestern in Berlin stattgefundenen Verhandlungen für den Holzarbeiter sind gescheitert. Die Holzindustriellen beharren auf der Durchführung eines inprozentigen Lohnraubes und lehnten die Zurücknahme der Aussetzung ab. Die Holzarbeiter haben die Pflicht, ihre ausserparlamentarischen Kollegen zu unterstützen, indem sie sofort auf der ganzen Linie den Kampf gegen die Lohnraubverhandlungen aufnehmen. Das kann aber nicht geschehen unter der Führung der Tarnung und Konfession, sondern nur unter der Führung und den Forderungen der KGO.

Genosse Piscator frei!

Berlin, 5. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Genosse Piscator ist gestern abend endlich freigelassen worden. Die Freilassung erfolgte unter dem Druck eines bis weit in die Kreise der Intellektuellen gehenden Massenprotestes.

Berlin, 5. Februar. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Goebbelsche „Angriff“ wurde wegen ausdrücklicher Billigung des Reichstages von Reumuth, wo ein Reichsbannerarbeiter von den nationalsozialistischen Wörberbänden erschossen wurde, auf 14 Tage verboten.

fang feststellen — nicht auf den fallendermöglichen Termin achten, sondern muß schon jetzt alles aufwenden, um jedem Ueberrumpfungserfolg mit dem entscheidenden Gegenschlag zu begegnen. Wer jetzt nicht seine Pflicht erfüllt, hat nicht das Recht, sich als Revolutionär auszugeben. Von ihnen gilt, was Lenin sagt:

„Den Widerstand der Kapitalisten brüchen und gleichmäßig als Revolutionäre gelten und zu den Sozialisten gerechnet werden wollen — welche Schwäche!“

Mit opportunistischen Elementen im Betrieb, an der Spitze der Betriebszellen, werden wir keinen Kampf auslösen und führen können. Die kommunistische Partei aber ist die führende Partei des Proletariats, und wer noch in ihren Reihen ist und sie an dieser ihrer Aufgabe hindert, ist kein Kommunist, kann höchstens sagen, daß er mit der kommunistischen Partei impassiviert, aber gehört nicht in ihre Reihen. Jeder Kommunist muß im Betrieb ein revolutionärer Organisator sein, der sich und entschlossen die Einheitsfront der Arbeiter vertritt, und der mutige standhafte Führer im Kampf gegen jeden Angriff der Ausbeuter, und gegen jedes Zerstückungs- und Verwirrungsmittel — auch wenn es mit rabulischen Redensarten „linker“ SPD-Führer verbrämt ist — entschlossen ankämpft.

Die Reaktion zittert. Fröning macht seine Diktatur mit Eoering, Fröning mobilisiert das Reichsbanner gegen die revolutionären Arbeiter. Wir müssen die Massen mobilisieren, organisieren und in den Kampf führen. In den Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit!

Kommunisten, mit revolutionärem Mut an die Arbeit! Es die Arbeit in der Textilindustrie für die Fortsetzung und Durch-